

Überregionaler Pressespiegel 15.12.2011

Neues Deutschland | 15.12.2011 | Hendrik Lasch

Die falsche Nase und andere Pannen

Erster Prozess gegen vermeintlichen Blockierer des Dresdner Naziaufmarsches vom 19. Februar: Ankläger in Erklärungsnöten

In Dresden begann ein erster Prozess gegen einen mutmaßlichen Blockierer des Naziaufmarschs am 19. Februar. Obwohl die Staatsanwälte nachermittelten, scheint die Anklage alles andere als sattelfest.

Daniel H. hat sich schick gemacht. Der 22-Jährige sitzt in Anzug und Krawatte in Saal 44 des Amtsgerichts Dresden. Drei Stunden läuft die Verhandlung gegen den Studenten bereits, als Oberstaatsanwalt Jürgen Schär ein Video einspielen lässt. Es soll belegen, dass H. am 19. Februar an der Blockade eines Aufmarschs von Rechtsextremen teilnahm. Auf den Filmaufnahmen ist eine Person hell unterlegt. Doch es ist nicht nur der Unterschied zwischen feinem Anzug und Kapuzenjacke, der die Verteidigerin den Kopf schütteln lässt: »Schauen Sie sich nur die Nase an«, sagt Kristin Pietrzyk: »Das ist nicht mein Mandant.«

Die über mehrere Stunden hinweg entstandenen Filmsequenzen, das wird klar, können nicht belegen, dass H. über längere Zeit an der Blockade teilnahm. Bei dieser besetzten rund 1700 Menschen eine Kreuzung auf der vermuteten Route des Nazimarschs. Zeitweise war die Aktion von LINKE-Bundesvize Katja Kipping als spontane Kundgebung angemeldet worden; halb drei wurde sie beendet, weil die Demonstranten sich nicht, wie von der Polizei gefordert, wegbewegten. Es folgten Ansagen, wonach, wer bleibt, eine Ordnungswidrigkeit begeht; dann geschah lange nichts. Zwei Stunden später indes bildete die Polizei urplötzlich einen Kessel; eine weitere Stunde und einen Ausbruchversuch später wurden die Personalien von etwa 200 Teilnehmern erfasst - darunter auch die von Daniel H.

Offen ist, ob der Angeklagte bereits bei der Besetzung der Kreuzung anwesend war, als - wie es ein Polizeiführer gestern darstellte - »große Mengen von organisierten Störern« auf den Platz drängten. Spätere Filmaufnahmen zeigen freilich eine friedliche Besetzung. Offen ist auch, ob H. womöglich sogar erst nach der Räumungsaufforderung vom frühen Nachmittag auf den Platz gelangen konnte. Ein gestern ebenfalls als Zeuge geladener Dozent erklärte, die Kreuzung sei vor Einrichtung des Kessels lange Zeit nicht gesperrt gewesen; Menschen seien gekommen und gegangen und »niemand hat sie daran gehindert«. Dagegen erklärte ein weiterer Polizist, es sei ausschließlich »ein Kommen« gewesen - offenbar in der festen Absicht, die Blockade zu verstärken: »Jeder wusste genau, was er dort wollte.«

Derlei Fragen waren schon offen geblieben, als die Verhandlung gegen H. im Oktober zum ersten Mal begonnen hatte. Wegen vieler Ungereimtheiten war der Prozess damals geplatzt; das Gericht hatte Nachermittlungen gefordert. Ein eindeutigeres Bild ergab sich gestern allerdings auch nicht.

Nach Ansicht der Verteidigerin ist bisher nicht einmal bewiesen, dass der Polizeikessel eine tatsächliche Blockade umschloss; das setzte schließlich voraus, dass es eine angemeldete Demonstration gibt, die zu blockieren ist. Anwältin Pietrzyk zog das in Zweifel. Der Anmelder der Nazidemo sei demnach nicht an den Abmarschort am Nürnberger Platz gelangt; ein Vertreter war - so deuteten Pietrzyks Fragen an - nicht

ausreichend legitimiert und offenbar auch nicht während der gesamten Zeit anwesend. Zudem sei die Nazi-Versammlung von der Polizei wenige Minuten nach Bildung des Polizeikessels um die Blockade offiziell beendet worden. Ob die lediglich 50 Teilnehmer zuvor die ernsthafte Absicht zum Loslaufen hatten, zieht Pietrzyk in Zweifel.

Ein Urteil fiel gestern zunächst nicht. Der Richterspruch wird aber mit Spannung erwartet: Die Verhandlung gegen H. gilt als Präzedenzverfahren. Schon während im gut besuchten Saal 44 die Zeugen gehört wurden, begann am anderen Ende des Gerichtsflurs eine zweite, ähnliche Verhandlung.

<http://www.neues-deutschland.de/artikel/213392.die-falsche-nase-und-andere-pannen.html>

Cop2Cop | 15.12.2011

DGB-Jugend ruft zu Aktionen gegen Nazi-Aufmarsch auf

Die DGB-Jugend ruft dazu auf, sich an den Aktionen des Bündnisses ‚Dresden Nazifrei!!‘ zu beteiligen. Unter dem Motto ‚Aller guten Dinge sind drei!‘ will das Bündnis einen für kommenden Februar geplanten Naziaufmarsch in Dresden blockieren.

Dazu erklärte René Rudolf, DGB-Bundesjugendsekretär, am Dienstag in Berlin: „Die DGB-Jugend unterstützt mit ihrem Beschluss im Bundesjugendausschuss die Aktivitäten des Bündnisses ‚Dresden Nazifrei!‘. Zivilgesellschaftliches Engagement gegen Nazis ist notwendig. Die jüngst aufgedeckten Ereignisse um die Nazi-Morde zeigen deutlicher denn je: Wir müssen den Neonazis und ihrer menschenverachtenden Ideologie jegliche Plattform nehmen – in Dresden und anderswo. Dabei steht ziviler Ungehorsam in der Tradition gewerkschaftlichen Protests und ist ein legitimes Mittel gegen Umtriebe von rechts.“

In den Jahren 2010 und 2011 ist es mit Massenblockaden gelungen, die Aufmärsche zu verhindern. Über 20.000 Menschen folgten dem Aufruf des breiten Bündnisses von Gewerkschaften, Parteien, Antifagruppen und engagierten Dresdener Bürgerinnen und Bürgern, sich den Nazis in den Weg zu stellen. Seit vielen Jahren rufen die Rechtsextremisten zum Jahrestag der Bombardierung Dresdens zu einem so genannten „Gedenkmarsch“ auf.

Unter den Unterstützern des Bündnisses besteht Konsens, dass von den gemeinsamen Aktionen keine Eskalation ausgehen wird und dass man erneut auf die Protestform der Menschenblockade setzt, um den Aufmarsch zu stoppen.

<http://www.cop2cop.de/2011/12/15/dgb-jugend-ruft-zu-aktionen-gegen-nazi-aufmarsch-quf/>

neumarktonline.de | 15.12.2011

Gegen Nazis in Dresden

Regensburg. Auch in diesem Jahr unterstützen die Jusos in der Oberpfalz die Blockade "eines der größten Naziaufmärsche Europas" im Februar 2012 in Dresden.

Der Bezirksvorstand und viele einzelne Jusos aus der gesamten Oberpfalz haben den Aufruf 2012 unterzeichnet und werben für eine möglichst breite Beteiligung aus der Region.

Auch in der Oberpfälzer SPD wirbt die SPD-Jugendorganisation für die Unterstützung der Blockade. So haben bisher neben dem Juso-Bezirksvorsitzenden und stellvertretendem Juso-Bundesvorsitzenden Sebastian Roloff und den beiden stellvertretenden Juso-Landesvorsitzenden Dominik Brütting und Carolin Hagl auch SPD-Bezirksvorsitzender MdL Franz Schindler, MdEP Ismail Ertug, MdL Annette Karl (zudem stellvertretende SPD-Landesvorsitzende), MdL Margit Wild und MdB Werner Schieder den Aufruf unterschrieben.

Die Jusos Oberpfalz werden sich auch in diesem Jahr mit einigen Bussen auf den Weg nach Dresden machen.

http://www.neumarktonline.de/art_frankopf.php?newsid=7894

RedGlobe | 15.12.2011 | 15:51 Uhr

Dresden Nazifrei: Erster Sitzblockierer vom 19.2. freigesprochen

Am gestrigen Tag fanden zwei Prozesse nach §21 Versammlungsgesetz gegen Sitzblockierer am Amtsgericht Dresden statt. Dabei wurde einer der Betroffenen freigesprochen, bei dem weiteren Betroffenen wird das Urteil am kommenden Mittwoch erwartet. Das Bündnis »Nazifrei! – Dresden stellt sich quer!« ist keineswegs überrascht über die Ergebnisse der mündlichen Verhandlungen, die eine Sitzblockade von über 1.700 Personen gegen den Aufmarsch von Neonazis in Dresden an der Kreuzung Fritz-Löffler-Straße/ Reichenbachstraße am 19. Februar diesen Jahres behandelten.

»Dass diese Prozesse überhaupt geführt werden dient einzig der Einschüchterung von Menschen, die sich mit legitimen Mitteln Nazis in den Weg stellen. Angesichts der ausufernden Ermittlungsmaßnahmen und dem schlussendlichen Prozessausgang bleibt nur zu konstatieren, dass die Strategie der Ermittlungsbehörden nicht aufgeht«, so Bündnissprecherin Franziska Radtke. Im noch offenen Prozess fiel es selbst der Staatsanwaltschaft schwer, einen relevanten Straftatbestand zu konstruieren. Neben einer Verwarnung steht eine Bewährungsauflage in Höhe von 150€ im Raum. »Auch in diesem Prozess wird entschieden, wie zukünftig in Sachsen mit antifaschistischem Engagement umgegangen wird«, so Bündnisanwältin Kristin Pietrzyk am Rande der Verhandlungen.

Mit Freude nimmt das Bündnis zur Kenntnis, dass auch der anwesende Oberstaatsanwalt die Dresdner Bevölkerung zu mehr Einsatz gegen Nazis aufruft: »Für jeden vernünftigen Dresdner ist der Naziaufmarsch fürchterlich«. Er hoffe schon lange auf eine politisch-kulturelle Lösung des Problems. Dass dies bis jetzt nicht geschehen ist, sieht er auch als Versagen der Öffentlichkeit. Das Bündnis »Nazifrei! - Dresden stellt sich quer« veröffentlichte gestern den Mobilisierungsaufruf 2012 und fordert alle Menschen auf, sich den Nazis im Februar durch Massenblockaden in den Weg zu stellen. Unterstützt wird es dabei von zahlreichen Antifagruppen, Parteien, Gewerkschaften und Verbänden, sowie Prominenten wie Volker Pispers, Wolfgang Thierse, Die Toten Hosen, Die Ärzte und Claudia Roth. Aufruf und Unterstützer_innen sind auf unserer Website www.dresden-nazifrei.com veröffentlicht.

<http://www.redglobe.de/deutschland/antifa/4815-dresden-nazifrei-erster-sitzblockierer-vom-19-2-freigesprochen>

Polizei Dresden kriminalisiert NazigegnerInnen im Raum Hannover

Am 19. Februar 2011 verhinderten vielfältige Aktivitäten den größten Naziaufmarsch Europas in Dresden. Nun sollen NazigegnerInnen aus Hannover kriminalisiert werden – sie erhielten Post von der »Sonderkommission 19/2« der Polizei Dresden in denen sie als »Beschuldigte« geführt werden. Ein breites gesellschaftliches Bündnis aus Hannover, zu dem die Antifaschistische Aktion Hannover [AAH], Avanti, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke. BO Linden-Limmer, Die Linke gegen Rechts, Die Linke Region Hannover, Grüne Jugend, MdB Heidrun Dittrich, Jusos Niedersachsen, linksjugend [solid] Hannover und die ver.di-Jugend Hannover/Leine-Weser gehören, verurteilt diese Kriminalisierung und ruft für 2012 erneut zur Verhinderung des Naziaufmarsches in Dresden auf.

Dresden Nazifrei, ein breites Bündnis, hatte im Februar erfolgreich bundesweit zum Blockieren des Naziaufmarsches am 19. Februar mobilisiert. Im Laufe der Blockadeaktivitäten kam es zu etlichen massiven Prügel- und Knüppelattacken, Anwendungen von Pfefferspray- und Wasserwerfern sowie - erstmalig in Sachsen – zum Einsatz von Pepperball-Kanonen gegen die NazigegnerInnen seitens der Polizei. Noch am selben Abend wurde in Dresden der Raum eines Jugendvereins sowie angrenzende Räumlichkeiten einschließlich des Büros der Partei »Die Linke« und eines Anwaltsbüros von Polizeikräften durchsucht und teilweise zerstört.

Am vergangenen Wochenende nun erhielten NazigegnerInnen aus dem Raum Hannover Briefe der Polizei Dresden. Inhalt dieser Briefe ist gleich: Die Angeschriebenen werden »beschuldigt«. Einen konkreten Tatvorwurf gibt es jedoch nicht. Vielmehr wird eine Situation am Vormittag des Tages beschrieben aus der es angeblich zu »Straftaten« gekommen sein soll. Alle EmpfängerInnen haben gemeinsam, dass sie am frühen Abend auf dem Weg zu den Bussen nach Hannover waren. Hier wurden sie durch einen Polizeikessel aufgehalten und ihre Personalien kontrolliert. Die pauschalen Beschuldigungen weist das Mobilisierungsbündnis aus Hannover, dem linke, antifaschistische und gewerkschaftliche Organisationen, Parteien und Gruppen angehören, als unhaltbar zurück. Eine Sprecherin dazu: »In den letzten zehn Jahren konnten NaziterroristInnen unter den Augen von Polizei und Verfassungsschutz gezielt Morde ausführen. NazigegnerInnen, die gegen faschistische Aufmärsche aktiv werden, werden verprügelt, abgehört und beschuldigt 'Straftaten' begangen zu haben. Die Behörden und in diesem Fall die Polizei Dresden scheinen weiterhin auf dem rechten Auge blind zu sein.«

Die Polizei Dresden und ihre Sonderkommission sorgten bereits kurz nach dem erfolgreichen Aktivitäten gegen den Naziaufmarsch bundesweit für einen Skandal. Sie hatte fast eine Million Handydaten von 330 000 Menschen erhoben unter denen sich neben Demonstrierenden auch AnwältInnen, JournalistInnen, Geistliche sowie Mitglieder der Landtage und des Bundestags befanden.

Alle im Bündnis vertretenen Organisationen und Gruppen protestieren gegen alle Angriffe und Kriminalisierungsversuche von NazigegnerInnen durch Staatsanwaltschaft und Polizei und fordern die sofortige Einstellung aller weiteren Ermittlungen.

<http://www.redglobe.de/deutschland/antifa/4814-polizei-dresden-kriminalisiert-nazigegnerinnen-im-raum-hannover>

Dresden bereitet sich auf Protest gegen Neonazi-Aufmärsche vor

Arbeitsgemeinschaft hat Motto für Großkundgebung gefunden

Dresden (dapd-lsc). Aus knapp 100 Vorschlägen hat eine parteiübergreifende Arbeitsgruppe das Motto für die Anti-Neonazi-Proteste im kommenden Jahr in Dresden ausgesucht. Eine erstmals von allen demokratischen Kräften unterstützte Großdemonstration am 18. Februar soll den Titel "Mit Mut, Respekt und Toleranz - Dresden bekennt Farbe" tragen, wie das Gremium am Donnerstag mitteilte. Wo und wann genau die Kundgebung stattfinden soll, ist noch unklar.

Nach Auskunft von Frank Richter, dem Moderator der Arbeitsgruppe, können Ort und Zeit erst dann geklärt werden, wenn es Klarheit über die Neonazi-Aufmärsche gibt. Fest stehe allerdings, dass der Protest in Hör- und Sichtweite der Rechtsextremisten abgehalten werden solle, sagte Richter. Nach einer etwa einstündigen Kundgebung solle es danach einen Demonstrationzug geben. Von den Teilnehmern werde die Botschaft ausgehen, "die Stadt wehrt sich gegen Rechtsextremismus und die Stadt wehrt sich gegen Gewalt", sagte Richter.

Der "Arbeitsgruppe 13. Februar" gehören Vertreter aller demokratischen Parteien im Stadtrat, aber auch von Gewerkschaften, Kirchen sowie aus der Bürgerschaft an. Sie war von der Stadt ins Leben gerufen worden, nachdem es in diesem Jahr zu schweren Ausschreitungen am Rande von friedlichen Protesten gegen Neonazi-Aufmärsche gekommen war. Mit einer umstrittenen massenhaften Abfrage von Handydaten versuchten die Behörden die Krawallen aufzuklären.

Richter betonte, dass die Arbeitsgemeinschaft lediglich für die Großdemonstration verantwortlich ist. Mit anderen Aktivitäten in der Stadt habe das Gremium nichts zu tun. Das Bündnis "Dresden Nazifrei" hat bereits angekündigt, wie in den Jahren zuvor einen Aufzug von Neonazis mit Blockaden zu verhindern.

Auch für eine Menschenkette am 13. Februar soll das Motto der Arbeitsgruppe dienen. An diesem Tag soll mithilfe von Tausenden Teilnehmern ein menschlicher Schutz um die Dresdner Altstadt gebildet werden.

Die Landeshauptstadt war am 13. Februar 1945 bei Luftangriffen der Alliierten stark zerstört worden. Rechtsextremisten versuchen seit Jahren, die Trauer um die Toten für ihre politischen Zwecke zu missbrauchen. Die Stadt rechnet derzeit damit, dass die Neonazis am 18. Februar aufmarschieren werden. Der 13. Februar fällt im nächsten Jahr auf einen Montag. (dapd)

<http://www.freiepresse.de/NACHRICHTEN/SACHSEN/Dresden-bereitet-sich-auf-Protest-gegen-Neonazi-Aufmaersche-vor-artikel7849910.php>
